

Schritte zur Eigenverantwortung Europas

Aus europäischen und amerikanischen Fachzeitschriften, 1. Halbjahr 2003

Reinhardt Rummel

Europäische und transatlantische Turbulenzen um den Irak-Konflikt haben die politische Debatte der letzten Monate geprägt und finden ihren Niederschlag auch in den Fachzeitschriften. Darin zeichnen sich Kritik und Verzagtheit über europäische Differenzen, aber auch Stolz auf einige bescheidene Fortschritte im Bereich gemeinsamer EU-Außenpolitik ab.

Die »operativste« aller bürokratischen Einheiten in Brüssel läßt es sich nicht nehmen, eindeutige Erfolge der EU in der Wahrnehmung internationaler Stabilisierungsaufgaben hervorzuheben. In *Die politische Meinung* führt **Christoph Heusgen**, Leiter des Frühwarn- und Planungsstabes beim Hohen Vertreter der GASP (Javier Solana), den Nachweis, daß insbesondere die Krisenbewältigung in Mazedonien und Serbien-Montenegro überzeugende Beispiele für eine bereits heute funktionierende Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union biete. Darauf aufbauend solle die EU mehr Verantwortung auf dem Balkan, im Nahen Osten und darüber hinaus übernehmen. Die Irak-Krise verdeutliche, daß die Mitgliedstaaten der EU heute vor der Alternative stünden, entweder ihr Gewicht gebündelt auf die Waagschale zu werfen und damit Europa zu einem globalen Akteur werden zu lassen, der ihre Interessen wirksam wahrnehme, oder im weltpolitischen Schachspiel marginalisiert zu werden.

Heusgen hat natürlich recht mit seiner Behauptung, daß die EU, vor allem auf dem europäischen Kontinent und ganz besonders bei den Beitrittskandidaten, nicht ohne Einfluß ist. Aber lassen sich die hier gemachten Erfahrungen auf Regionen außerhalb Europas übertragen? **Frank Schimmelfennig, Stefan Engert** und **Heiko Knoebel** (Universitäten Mannheim und Darmstadt) würden diese Frage sicher verneinen. In dem in Oxford herausgegebenen *Journal of Common Market Studies* untersuchen sie, inwieweit sich die EU mit ihrem Menschenrechts- und Demokratieanspruch durchsetzen kann. Anhand der Fallstudien Lettland, Slowakische Republik und Türkei stellen sie fest, daß Brüssel seine außenpolitischen Demokratisierungsziele in dem Maße habe erreichen können, in dem Aussicht auf Mitgliedschaft in der EU bestand und damit der Zugang zu materiellen Vorteilen eröffnet wurde. Hingegen erhöhe der Einsatz anderer Einflußinstrumente wie diplomatischer Druck, die Mobilisierung transnationaler Beziehungen oder die

Betonung der Legitimität des Demokratie-kriteriums die Durchsetzungsfähigkeit Brüssels nicht. Schlechte Aussichten also für europäischen Einfluß auf die Demokratisierung des Nahen Ostens und anderer Weltregionen, denn EU-Mitgliedschaft kann dort keine Perspektive sein.

Die Bush-Regierung fürchtet Schlimmeres als nur den Mangel an Einfluß. Sie glaubt, daß bei der Durchsetzung demokratischer Werte Stärke respektiert, Schwäche dagegen bestraft wird. Folglich unterschätzten die Europäer, in welchem Ausmaß eine Status-quo-Politik gegenüber einem Regime wie dem des Saddam Hussein zum Anwachsen anti-westlicher Stimmung, zum Leiden der örtlichen Bevölkerung und zur Ausbreitung des Terrorismus beitrage. **Philip H. Gordon**, Senior Fellow an der Brookings Institution in Washington, verweist in der britischen Zeitschrift *Survival* darauf, daß der europäische Ansatz zur Befreiung und Demokratisierung der arabischen Welt von vielen Vordenkern der Bush-Regierung als Zynismus abgelehnt werde. Nach dem Modell, nach dem man Nazi-Deutschland und das imperiale Japan besiegt und dort demokratische und pro-westliche Regime installiert habe und nach dem man den Kommunismus niedergerungen und in Osteuropa und Rußland Freiheit und Demokratie verbreitet habe, müsse nun auch im Nahen Osten vorgegangen werden, so die Vorstellung dieser Vordenker.

Selbstzweifel

Zu solch strategischen Höhenflügen sind die Europäer bisher nicht zu bewegen, auch wenn sie sich am Wiederaufbau in Afghanistan und Irak sowie an der Umsetzung der *road map* im israelisch-palästinensischen Konflikt nach Kräften beteiligen. **Stefan Brüne**, Mitarbeiter des Deutschen Übersee-Instituts in Hamburg, und **Gaëlle Quillien**, Student am Institut de Politique in Paris, untersuchen die bisherige Krisenbearbeitung der EU in Afrika. In der Zeitschrift

Nord-Süd aktuell zeigen sie das Spannungsverhältnis zwischen den Ambitionen und den realen Möglichkeiten der GASP am Beispiel der Politiken gegenüber Madagaskar und Côte d'Ivoire auf. Die Europäer, so das Ergebnis der Autoren, wagten in Wahrheit nicht einmal, sich selbst die entscheidenden Fragen zu stellen. So sehe zwar der Vertrag von Cotonou die Einhaltung der Menschenrechte und der demokratischen Prinzipien als Voraussetzung für gedeihliche Beziehungen zwischen der EU und den Drittstaaten vor, aber die wirtschaftlichen und politischen Partikularinteressen einzelner EU-Mitgliedstaaten ständen häufig der Definition einer kohärenten europäischen Position entgegen.

Das sind nur allzu bekannte Hindernisse für eine kraftvollere Außen- und Sicherheitspolitik Europas. Und doch waren die Europäer erstaunt, manche sogar erschrocken, als das volle Ausmaß der europäischen Spaltung über die amerikanische Irakpolitik zutage trat. Selbst französischen Analytikern ging die sich ungebremst entfaltende europäische Profilierung zu weit. In der in Paris erscheinenden *Revue du marché commun et de l'Union européenne* mahnt **Philippe Lemaitre**, langjähriger Korrespondent von *Le Monde* in Brüssel, deshalb auch an, daß sich die EU in solch dramatischen Phasen zunächst einmal konsolidieren müsse. Selbst wenn die EU bereits mit einem europäischen Außenminister und einem Präsidenten des Europäischen Rates in die jüngste Krise gegangen wäre, hätte es wohl keine gemeinsame Haltung der Fünfzehn gegeben – ein Resultat, das die Reformfortschritte des Konvents relativiere. Die Erweiterung werde die außenpolitische Zerrissenheit der EU vergrößern und festschreiben. Deshalb sei Realismus gefordert. Zwar solle Europa sich in der Außen- und Verteidigungspolitik um Fortschritte bemühen, aber mit Umsicht und ohne spektakuläre Vorstöße.

Zur inneren Einkehr mahnt auch **William Wallace**, Mitglied des britischen Oberhauses und Professor an der London School of Economics, die europäischen

Regierungen. Nur wenige von ihnen seien bereit zuzugeben, konstatiert er in der Londoner Zeitschrift *The World Today*, daß ihre eigene politische Fixierung dazu beigetragen habe, die Enttäuschung der Amerikaner über die unzureichende Leistungsfähigkeit multilateraler Vorgehensweisen zu vertiefen. Der amerikanische Unilateralismus entstamme nicht nur heimischen Wurzeln, sondern sei auch Folge der Tatsache, daß außer den USA niemand bereit sei, die Lasten der globalen Ordnung zu tragen. Ähnliche Anklagen erhebt auch **John Van Oudenaren**, Mitarbeiter der RAND Corporation. Die Europäer könnten nicht davon ausgehen, schreibt er in der online erscheinenden *Policy Review*, daß sie allein zu entscheiden hätten, wer sich unilateral und wer multilateral verhalte und wie das jeweils zu bewerten sei. Vielmehr könne – von außen betrachtet – der gesamte Verlauf der europäischen Integrationspolitik seit den fünfziger Jahren als »struktureller Unilateralismus« gesehen werden.

Selbstbesinnung

Das Erfreuliche jenseits solcher Selbst- und Fremdanlagen ist, daß die EU inzwischen in einer Vielzahl außen- und sicherheitspolitischer Aufgabenbereiche aus eigenem Antrieb handelt. So hat die Union im Jahr 2002, wie **François Danis**, ein Beamter der Europäischen Kommission, in der *Revue du marché commun et de l'Union européenne* detailliert beschreibt, ein mehrstufiges Programm zur Entwicklung des Satellitennavigationssystems GALILEO aufgelegt. Erstmals wird mit diesem in Brüssel angesiedelten Gemeinschaftsunternehmen ein Industrieprojekt von der EU unmittelbar geleitet und direkt finanziert. Danis weist darauf hin, daß die Technologie dieses Systems in immer mehr Lebens-, Wirtschafts- und Sicherheitsbereiche hineinreiche. Bisher werde diese Technologie einzig von den USA mit deren GPS und Rußland mit deren GLONASS beherrscht,

in beiden Ländern werden die Systeme von militärischer Seite finanziert und kontrolliert. Europa könne sich in einem Sektor von solch strategischer Bedeutung nicht mit der bestehenden äußeren Abhängigkeit abfinden.

Was die EU in der Bekämpfung des internationalen Terrorismus nach dem 11. September 2001 geleistet hat, würdigt anerkennend **Jonathan Stevenson**, Senior Fellow am Internationalen Institut für Strategische Studien in London. Stevenson weist in der amerikanischen Zeitschrift *Foreign Affairs* darauf hin, daß es zwar Unterschiede zwischen Europa und Amerika in der Wahrnehmung der Bedrohung und den Antworten darauf gebe, daß beide Seiten aber ungeachtet dessen voneinander lernen könnten und sollten, denn die Bedrohungsschauplätze seien strategisch miteinander verknüpft. Die transatlantische Kooperation müsse im Bereich der internen Bekämpfung des internationalen Terrorismus (*homeland security*) weiter verbessert werden, vor allem von europäischer Seite, um größere Gefahren von beiden Regionen abzuwenden.

Ähnliche Wünsche haben umgekehrt die Europäer an die Amerikaner, und zwar bei Armutsbekämpfung, Beseitigung von Unterentwicklung und bei internationalem Umwelt- und Artenschutz. Wie **Florence Chaltiel** vom Institut für politische Studien in Grenoble in der *Revue du marché commun et de l'Union européenne* darstellt, betrachtet die EU das Herbeiführen einer nachhaltigen Entwicklung als eines ihrer durchgängigen internationalen Hauptaufgaben. Auf dem Weltgipfel von Johannesburg habe die Union mit ihren Vorstößen hinsichtlich des Anteils der erneuerbaren Energien am Weltenergieaufkommen oder der Erhaltung der Artenvielfalt ehrgeizige Positionen bezogen. Aus Mangel an Unterstützung, besonders auch seitens der USA, sei es aber schwer gewesen, tragfähige Übereinkünfte zu erzielen. Die Europäische Kommission habe darauf angemessen reagiert und die Haltung eingenommen, daß die erste Etappe auf dem Weg zu nachhaltiger Ent-

wicklung auf Weltniveau die Erledigung der eigenen Hausaufgaben sei. Würde sie diese erfolgreich erledigen, so sei die EU nicht nur Vorreiter der internationalen Gemeinschaft, sie könne auch mit einem Gewinn an Glaubwürdigkeit rechnen.

Alyson J. K. Bailes, Direktorin des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), reklamiert die Freisetzung dieser europäischen Stärken auch für den Sicherheits- und Verteidigungsbereich. In der *Internationalen Politik* fordert sie, Europa müsse seine spezifischen Fähigkeiten zur Krisenbewältigung in vollem Umfang nutzen und entwickeln. Hervorzuheben sei vor allem die menschliche Qualität seiner Friedenswahrer und die Fähigkeit, mit anderen bei den schwierigen Aufgaben der Eindämmung, Befriedung und des Wiederaufbaus zusammenzuarbeiten. Die vorhandenen wirklich multifunktionalen Instrumente der EU für die Bewältigung dieser Aufgaben müsse man vervollständigen und durch die Fähigkeit ergänzen, sofern notwendig und angemessen auch Gewalt anzuwenden. Laut **David P. Calleo**, Professor an der angesehenen Washingtoner School of Advanced International Science, schlummern noch weit größere Talente in der EU. Die eigenständige politische Formel der EU, schreibt er in der in Bonn erscheinenden *Internationale Politik und Gesellschaft*, nach der Staaten ihre Souveränität behalten, diese aber dort zusammenlegen, wo sie wechselseitigen Gewinn daraus ziehen – dies sei genau das, was die übrige Welt jetzt dringend brauche.

Vorgestellte Veröffentlichungen

Bailes, Alyson J. K., Reaktionsstreitmacht der NATO. Eine Herausforderung für Europas Eingreiftruppe, in: *Internationale Politik*, 58 (Januar 2003) 1, S. 49–54

Brüne, Stefan/Quillien, Gaëlle, Ambitions et réalités de la PESC en Afrique. A travers l'analyse des crises à Madagascar et en Côte d'Ivoire, in: *Nord-Süd aktuell*, 16 (4. Quartal 2002) 4, S. 605–612

Calleo, David P., Balancing America: Europe's International Duties, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, (2003) 1, S. 43–60

Chaltiel, Florence, L'Union européenne et le développement durable, in: *Revue du marché commun et de l'Union européenne*, (Januar 2003) 464, S. 24–28

Danis, François, L'entreprise commune Galileo, in: *Revue du marché commun et de l'Union européenne*, (März 2003) 466, S. 194–198

Gordon, Philip H., Bush's Middle East Vision, in: *Survival*, 45 (Frühjahr 2003) 1, S. 155–165

Heusgen, Christoph, Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, in: *Die politische Meinung*, 48 (April 2003) 401, S. 19–26

Lemaitre, Philippe, La crise a exacerbé des clivages que l'Union ne peut plus ignorer, in: *Revue du marché commun et de l'Union européenne*, (April 2003) 467, S. 213–215

Schimmelfennig, Frank/Engert, Stefan/Knobel, Heiko, Costs, Commitment and Compliance. The Impact of EU Democratic Conditionality on Latvia, Slovakia and Turkey, in: *Journal of Common Market Studies*, 41 (Juni 2003) 3, S. 495–518

Stevenson, Jonathan, How Europe and America Defend Themselves, in: *Foreign Affairs*, 82 (März–April 2003) 2, S. 75–90

Van Oudenaren, John, What Is "multilateral"? in: *Policy Review Online*, (Februar–März 2003) 117, S. 1–11, <http://www.policyreview.org/FEB03/oudenaren_print.html>

Wallace, William, Threat to Global Order, in: *The World Today*, 59 (Mai 2003) 5, S. 16–18

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380